

NACHRICHTEN

Monsanto-Aktionäre stimmen Übernahme zu

St. Louis: Der Pharma- und Pflanzenschutzkonzern Bayer hat bei der Rekordübernahme des umstrittenen US-Saatgutkonzerns Monsanto eine wichtige Hürde genommen. Die Monsanto-Aktionäre stimmten dem rund 66 Milliarden US-Dollar schweren Übernahmegebot der Deutschen am Dienstag bei einer außerordentlichen Hauptversammlung zu. Für den Abschluss des Mega-Deals fehlen aber noch Genehmigungen durch die Behörden rund um den Globus. Mit einem Abschluss der Transaktion wird Ende 2017 gerechnet. Es wäre die größte Übernahme eines deutschen Konzerns im Ausland. *dpa/nd*

EU beschließt höhere Zölle

Brüssel. Zwei Tage nach der automatischen Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft haben sich die EU-Mitgliedstaaten am Mittwoch darauf geeinigt, die Handelschutzinstrumente der Gemeinschaft zu modernisieren. Geplant sind etwa höhere Zölle bei Wettbewerbsverzerrungen in der Rohstoff- oder Energiebranche. Davon soll unter anderem die Stahlindustrie profitieren. Die Mitgliedstaaten folgen mit ihrem Beschluss Vorschlägen der Kommission aus dem Jahr 2013. Diese sahen vor, Maximalbegrenzung von Schutzzöllen auf Importe aufzuheben. So lag der durchschnittliche EU-Schutz Zoll für chinesischen Billigstahl nach den bisherigen Regeln bei 21,1 Prozent, in den USA bei 265,8 Prozent. Die europäische Stahlbranche leidet unter dem Import billigen Stahls aus China. China gilt seit Sonntag nach den Regeln der Welthandelsorganisation als Marktwirtschaft. Doch weder die USA noch Japan oder die EU wollen ihre Schutzzölle gegenüber chinesischen Importen aufheben. *AFP/nd*

Unicredit streicht 14 000 Vollzeitstellen

Mailand. Die unter faulen Krediten ächzende italienische Großbank Unicredit streicht bis 2019 rund 14 000 Stellen und strebt eine Kapitalerhöhung um 13 Milliarden Euro an. Die Unicredit, Mutterkonzern der deutschen HBV, stellte am Dienstag ihre Strategie vor. Das Institut hat mehrere Beteiligungen verkauft, um Geld in die Kasse zu bekommen; am Montag kündigte Unicredit zudem den Verkauf der Fondstochter Pioneer für fast 3,9 Milliarden Euro an. Mit der Streichung der Jobs will die Bank ihre Personalkosten um 1,1 Milliarden Euro reduzieren. Bislang hatte die Bank 7500 Stellen kürzen wollen. *AFP/nd*

Facebook-Seite darf eingeschränkt werden

Erfurt. Das Bundesarbeitsgericht hat Betriebsräten bei der Gestaltung des firmeneigenen Facebook-Auftritts ein Mitspracherecht eingeräumt. Könnten auf der Facebook-Seite Nutzer Kommentare über Mitarbeiter abgeben, müsse der Betriebsrat dieser Posting-Funktion zustimmen, entschieden die Arbeitsrichter am Dienstag. Es war das erste höchstrichterliche Urteil zu Mitbestimmungsrechten des Betriebsrates in sozialen Netzwerken. Damit war der Konzernbetriebsrat eines Blutspendedienstes in Nordrhein-Westfalen teilweise erfolgreich. Nachdem Spender auf der Pinnwand der Konzernbetriebsrat eine Facebook-Seite kritische Kommentare über Mitarbeiter gepostet hatten, verlangte die Arbeitnehmervertretung die Löschung der Seite. Sie sah darin ein Instrument der technischen Verhaltens- und Leistungskontrolle. Dem folgte das Bundesarbeitsgericht nicht. Die Entscheidung für einen Facebook-Auftritt sei Sache des Arbeitgebers. Der Auftritt schade nicht den Mitarbeitern. Die Posting-Funktion darf jetzt aber solange nicht mehr genutzt werden, bis es eine Einigung mit dem Betriebsrat dazu gibt. *dpa/nd*

Keine Angst vor der Transformation

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung fordert mutige Ziele für G20-Präsidentschaft

Mit Klimaschutz und Gerechtigkeit soll die Bundesregierung in ihrer G20-Präsidentschaft gegen Nationalpopulismus vorgehen, empfehlen wissenschaftliche Berater.

Von Susanne Schwarz

Es gab einmal eine Zeit, da war alles in Ordnung. Da schmeckten die Brötchen noch wie Brötchen, Kinder spielten Gummihopse, Hausfrauen trugen Röcke wie Zelte mit sauberen Schürzen drüber. »Viele sehnen sich offenbar in die Sechziger Jahre zurück, als »America« noch »great« war und die Sowjetunion auch«, sagt Hans Joachim Schellnhuber, Chef des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) der Bundesregierung. Nicht ungefährlich, aber immerhin eine stabile Weltordnung, beherrscht von – vermeintlich – berechenbaren Größen. Derzeit, so der Potsdamer Klimawissenschaftler, fühlen sich viele Menschen abgehängt, unfair behandelt, von gebrochenen Versprechen der Globalisierung enttäuscht und seien anfällig für Nationalpopulismus. Dem solle die Bundesregierung etwas entgegensetzen, während Deutschland die Präsidentschaft der G20 innehält, was seit Dezember für ein Jahr der Fall ist.

Geht es nach dem Beratergremium der Regierung, dann soll das ausgerechnet mit einem der komplexesten Themen dieser Zeit gelingen: dem Klimaschutz. In einem am Dienstag in Berlin vorgestellten Gutachten empfiehlt der WBGU der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, die Führungsrolle beim Kampf gegen den Klimawandel einzunehmen. Sie produzieren schließlich rund 80 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts – und den gleichen Anteil an Treibhausgasemissionen. Der Clou: »Nachhaltigkeit geht nicht ohne Gerechtigkeit, wenn auch nicht jede ökologisch motivierte Politik gerecht ist«, erklärt Schellnhuber. Es geht also um ein neues Narrativ, das Deutschland vor den anderen Industriestaaten vertreten soll: Klimaschutz nicht als Verzichtmaßnahme, sondern als Modernisierungsprojekt im wirtschaftlichen wie auch im gesellschaftlichen Sinn.

Außerdem, heißt es im Gutachten, könne Klimaschutz als Friedensprojekt gelten. Einerseits verhindere man vom Klimawandel verstärkte Krisen, andererseits schaffe erfolgreiche internationale Zusammenarbeit bei so einer Menschheitsaufgabe gegenseitiges Vertrauen unter den Staaten.

Um nicht im Abstrakten zu bleiben, hat der WBGU auch konkrete Vorschläge: Die G20 sollte die Dekarbonisierung bis 2050 als gemeinsames Ziel festschreiben, genug Geld für Energiewende und Forschung bereitstellen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte den Klimaschutz bereits



RWE-Kohlekraftwerk Westfalen – mit der Dekarbonisierung könnte Deutschland gleich zu Hause anfangen. Foto: imago/Blickwinkel

ein wichtiges Thema des kommenden G20-Jahres genannt.

Eva Bulling-Schröter, klimapolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, befürchtet indes, der deutsche G20-Vorsitz könne »im drohenden Stillstand des Bundestagswahlkampfes untergehen«. Auch dürfe man sich nicht hinter Trumps Anti-Klimaschutz-Politik verstecken. Zuerst einmal muss Deutschland ein Vorbild sein. »Mit der G20-Präsidentschaft hat die Bundesregierung die politische und moralische Verpflichtung, brennende Fragen wie Kohleausstieg, das Ende direkter und indirekter fossiler Subventionen und die Finanzierung der globalen Energie-

wende nicht nur ganz oben auf die Agenda zu setzen, es muss auch geliefert werden«, so Bulling-Schröter.

Christoph Bals, Geschäftsführer der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch, hält es für richtig, dass die deutsche G20-Präsidentschaft Themen wie Klimaschutz, die Umsetzung der UN-Ziele zur nachhaltigen Entwicklung und Verantwortung in globalen Lieferketten »prominent auf die Agenda setzt«. Aber die Schlagwörter müssten mit konkreten Schritten untermauert werden.

Einen, den der WBGU vorschlägt, wird es allerdings so bald nicht geben: Das Geld für gerechten Klimaschutz solle aus einer neuen Form der

Erbschaftsteuer kommen. »Das ist in Deutschland derzeit nicht mehrheitsfähig«, sagt Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD). Überhaupt habe das Wort »Wandel« an Glanz verloren – »viele Menschen haben Angst vor dem Wandel«.

Sich davor zu verstecken, funktioniert Schellnhuber zufolge aber erst recht nicht. »Die Transformation kommt in jedem Fall«, sagt er. »Es ist wie in dem Sprichwort: Glaub nicht, dass nichts passiert, wenn nichts passiert.« Entweder die Welt werde vom Klimawandel und seinen Folgen transformiert oder aber »sie entscheidet sich, die Transformation selbst zu gestalten«.

Regierung und Konzerne Hand in Hand

Umwelthilfe kritisiert Umweltpolitik der Koalition

Berlin. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) wirft der Regierung Kumpanei mit Teilen der Wirtschaft zu lasten des Umwelt- und Verbraucherschutzes vor. Die Automobilindustrie, die Getränkewirtschaft oder die Chemieindustrie schrieben Gesetze mit, sorgten dafür, dass Verstöße nicht geahndet würden und höhlichten den Verbraucherschutz aus, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch.

Über ein Jahr nach Bekanntwerden der Abgasmanipulationen bei Diesel-Pkw verweigere die Koalition Millionen Bürgern Hilfe bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber der Autoindustrie. Dabei hätten fast alle relevanten Autohersteller betrogen. Die Behörden wüssten seit Jahren Bescheid, hätten aber nicht gehandelt.

»Diese Bundesregierung schützt ihre Bürger nicht vor giftigen Pkw-Abgasen und toleriert den Betrug einer ganzen Branche«, so Resch. »Sie ist längst zu einem Erfüllungsgelhilfen der drei großen Automobilkonzerne Daimler, Volkswagen und BMW geworden.« Dabei werde die Aufklärungsarbeit der DUH massiv behindert und bekämpft.

Auch das Mehrwegsystem werde den Interessen einwegorientierter Getränkekonzerne geopfert. Diese wollten es »plattmachen«. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) wolle nun gar die Mehrwegquote streichen, ein »Kniefall vor der Einweglobby«.

Beim Thema Energiewende habe es einen »Rollback« gegeben, sagte der zweite DUH-Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. Der Ausbau Erneuerbarer sei gestoppt worden, für den Einstieg zum Ausstieg aus der Kohle würden keine Weichen gestellt. Auch bei der Stickstoffstrategie habe sich Hendricks gegen die Agrarlobby nicht durchgesetzt. *epd/nd*

430 000 Malaria-Tote

2018 möglicherweise Pilotprojekt mit Impfstoff

Genf. Malaria bleibt eine der tödlichsten Krankheiten weltweit. Auf 212 Millionen schätzt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Zahl der Malaria-Fälle 2015. Etwa 429 000 Menschen seien der Fieberkrankheit erlegen, hieß es in dem am Dienstag in Genf veröffentlichten Weltmalariabericht 2016. Besonders die Bevölkerung in den Ländern Afrikas südlich der Sahara seien von der Tropenkrankheit bedroht. Etwa 90 Prozent aller Fälle und 92 Prozent der Todesopfer seien in der Region verzeichnet worden.

Besonders gefährlich ist Malaria für Kinder unter fünf Jahren. Schätzungsweise 70 Prozent aller Todesfälle seien in dieser Altersklasse zu beklagen, hieß es in dem Bericht. Laut WHO hatten 2015 etwa 43 Prozent der Menschen in den Ländern südlich der Sahara keinen Schutz vor Moskitos, die die Krankheit übertragen.

Ein großes Problem bei der Malaria-Bekämpfung ist laut WHO fehlendes Geld. 2015 seien 2,9 Milliarden US-Dollar investiert worden. Um langfristige Erfolge gegen die Krankheit zu erzielen, müssten ab 2020 mindestens 6,4 Milliarden US-Dollar jährlich zur Verfügung stehen. Dem Bericht zufolge steuern die Länder, die von der Malaria betroffen sind, 2015 etwa ein Drittel des Geldes zur Bekämpfung bei. Größter Einzelgeber für die Anti-Malaria-Programme waren die USA, die 2015 über ein Drittel finanzierten.

Laut WHO könnte 2018 ein Pilotprojekt für den Malaria-Impfstoff RTS,S in drei Ländern Afrikas beginnen. Tests hätten ergeben, dass RTS,S bei Kindern einen Teilschutz bewirkt. *epd/nd*

Mehr Lohn, mehr Urlaub oder weniger Arbeit?

Bahn und EVG einigen sich auf individuell anpassbares Tarifpaket für rund 150 000 Beschäftigte

Der Tarifabschluss zwischen der Deutschen Bahn und der Eisenbahnergewerkschaft EVG steht – erstmals gibt es eine Wahlfreiheit zwischen Lohnplus und Arbeitszeitverkürzung.

Von Hans-Gerd Öfninger

Am späten Montagabend war die Kuh vom Eis. Der Vorstand der Deutschen Bahn (DB) und die DGB-Bahngewerkschaft EVG einigten sich auf ein Tarifpaket, das für rund 150 000 Beschäftigte im bundeseigenen Konzern gelten soll. Damit sind die von der EVG für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen ausgesprochenen vorweihnachtlichen Warnstreikdrohungen vom Tisch.

Zu den Kernpunkten des Pakets zählt eine Lohnerhöhung um 2,5 Prozent ab dem 1. April 2017. Für den Zeitraum vom 1. Oktober 2016 bis zum 31. März 2017 erhalten Beschäftigte einen Festbetrag von 550 Euro, Auszubildende und Dual-Studierende 250 Euro. Für das Paket wurde eine Laufzeit von 24 Monaten bis zum 30. September 2018 vereinbart.

Ab Januar 2018 können DB-Beschäftigte zwischen 2,62 Prozent Einkommenserhöhung, einer Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit um eine Stunde und sechs Tagen zusätzlichem Jahres-Erholungsurlaub wählen. Eine solche Wahlmöglichkeit dürfte ein Novum in der jüngeren Tarifgeschichte darstellen. Die EVG-Gremien hatten in den vergangenen Monaten die Basis befragt und auf der Grundlage von rund 15 000 Rückmeldungen erkannt, dass hier je nach Einsatzbereich, Arbeitsbedingungen, Lebensalter und persönlichen Umständen unterschiedliche Ansprüche und Wünsche bestehen, denen sie Rechnung tragen wollte.

Weitere Punkte im Tarifpaket sind DB-einheitliche gestaffelte Leistungsentgelte für den Rufbereitschaftseinsatz etwa bei kurzfristig auftretenden Störungen im Betriebsablauf außerhalb der regulären Arbeitszeit. Nachwuchskräfte, also Auszubildende und Dual-Studierende, können einen gestaffelten Mietkostenzuschuss bis maximal 350 Euro monatlich beanspruchen, wenn sie etwa zur Aufnahme einer Ausbildung umziehen müssen.

Weitere Vereinbarungen betreffen Betriebsrentenzuschüsse, Langzeitkonten für Überstunden, Zeitzuschläge und Schichtzuschläge für Nachtarbeit sowie Gesundheitswochen als Angebot zur Gesundheitsförderung und -sensibilisierung im Alltag. Ein weiterer Tarifvertrag zu »Arbeit 4.0.« soll vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt Management, Gewerkschaft und Betriebsräten frühzeitige Möglichkeiten zur Gestaltung des Arbeitsalltags in die Hand geben. DB-Beschäftigte sollen damit nach EVG-Angaben ihren Arbeitsort selbst wählen können, wenn ihre Tätigkeit mobiles Arbeiten zulässt. Bei der Veränderung von Berufsbildern und Tätigkeiten durch Digitalisierung soll künftig ein Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen bestehen.

Die Verhandlungen hatten sich in den letzten Wochen in die Länge gezogen und waren mehrfach von EVG-Kundengeboten an den Verhandlungsorten begleitet. Nach Insiderangaben stand alles mehrmals »auf der Kippe«. Schließlich kam Bewegung in die Verhandlungen, als die Unterhändler des

DB-Konzerns wesentliche Punkte ihres Angebots noch einmal deutlich aufstockten. Der endgültige Durchbruch erfolgte dann in einem letzten 30-stündigen Verhandlungsmarathon ab Sonntagnachmittag. Offenbar wollte das DB-Management in der vorweihnachtlichen Reisezeit keine EVG-Warnstreiks riskieren.

Mit diesem Abschluss ist die laufende DB-Tarifrunde aber noch nicht abgeschlossen. Am Freitag kommen Vertreter der DB und der Lokführergewerkschaft GDL zu einer separaten Verhandlungsrunde zusammen. Die GDL fordert vier Prozent Lohnerhöhung und mehr planbare Freizeit durch bessere tariflich verankerte Schichtpläne und Ruhezeiten. Die Gewerkschaft beklagt bisher einen Stillstand bei den Verhandlungen. Warnstreiks sind hier bis Mitte Januar unwahrscheinlich, weil nach der aktuellen Schlichtungsvereinbarung zwischen GDL und DB bei einem Scheitern der Verhandlungen die DB sofort die Schlichtung beantragen könnte und für die Verhandlungen dann mehrere Wochen Zeit vorgesehen wären.